Stadtentwicklungsausschuss
der Stadt Weißenfels

Weißenfels, 26.01.2022

N I E D E R S C H R I F T
der 26. öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 24.01.2022

Teilnehmer:	siehe Anwesenheitsliste	Beginn:	17:00 Uhr
Ort:	Kulturhaus, Merseburger Straße 14, Weißenfels	Ende:	19:25 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit	
TOP 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung	
TOP 5	Vorstellung Arbeitsstand städtebauliches Konzept Altstadt - Mitte	206/2021
TOP 6	Landschaftsachse "Nord-Ost" Lärmschutzwand Röntgenweg	004/2022
TOP 7	Antrag Fraktion DIE LINKE - Nutzungsszenarien einer sanierten Bergschule Haus II	041(VII)2021
TOP 8	Antrag Fraktion DIE LINKE - Standortsuche Stadtarchiv	042(VII)2021
TOP 9	Antrag Fraktion DIE LINKE - Umsetzung des Konzepts "Pop-Up-Stores" in Weißenfels	044(VII)2021
TOP 10	Antrag Fraktion DIE LINKE - Wiedereinrichtung des 3. Friedhofseingangs im Bereich des ungenutzten Parkplatzes der Fanny-Tarnow-Siedlung	045(VII)2021
TOP 11	Antrag Fraktion AfD - Prüfung zur Errichtung eines Shuttle-Verkehrs Kugelberg-Kaufland	048(VII)2021
TOP 12	Beantwortung von Anfragen	
TOP 13	Mitteilungen und Anfragen	

Nichtöffentlicher Teil

TOP 1	Information zu Grundstücksangelegenheiten
TOP 2	Mitteilungen und Anfragen
TOP 3	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Rauner eröffnet die Sitzung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 13 Stadträte und 3 sachkundige Einwohner anwesend. Damit ist der Stadtentwicklungsausschuss beschlussfähig.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2021 einschließlich der von Herrn Wanzke vorliegenden Ergänzung wird mit 2 Enthaltungen der Stadträte und einer Enthaltung der sachkundigen Einwohner bestätigt.

5. Vorstellung Arbeitsstand städtebauliches Konzept Altstadt - Mitte

Herr Paul vom Büro für urbane Projekte in Leipzig gibt Auskunft zur Bestandsaufnahme des Gebietes Altstadt – Mitte. Die im Rahmen des INSEK geplanten Projekte unterliegen einer kontinuierlichen Prüfung und Fortschreibung.
Die aktuell durchgeführte Analyse hatte die Besichtigung aller Gebäude und Freiflächen zum Inhalt. Es ist ein hoher Wohnungsleerstand zu verzeichnen.

An der Planung und Umsetzung von Projekten werden die Fachbereiche der Stadt und die Beiräte beteiligt. Der Stadtbalkon und die Promenade sind gute Beispiele für die Umsetzung gemeinsamer Konzepte der innerstädtischen Entwicklung.

Ungeklärte Eigentumsverhältnisse bremsen Entwicklungspläne mangels Ansprechpartner oft aus.
Im Ergebnis eines Gutachtens zur möglichen Entwicklung des Wohnungsleerstandes wurde deutlich, dass die nach notwendiger Sanierung von Wohnraum aufgerufenen Mietpreise recht hoch sein werden. Wenn keine Mieter gefunden werden, bleiben die Investoren aus. Einkaufsmöglichkeiten werten Quartiere auf.

Ein Großteil der Immobilien befindet sich in Privateigentum. Es sollte nicht unversucht bleiben, die Eigentümer in geplante Projekte einzubeziehen.

Herr Paul teilt mit, dass in wenigen Wochen ein Workshop zur Erarbeitung von Strategien zur Beseitigung von Wohnungsleerstand und dem Leerstand von Ladenlokalen geplant ist. Neben Mitarbeitern der Stadt sind auch Vertreter der Fraktionen eingeladen.

6. Landschaftsachse "Nord-Ost" Lärmschutzwand Röntgenweg

Herr Heber teilt mit, dass die in der letzten Sitzung mehrheitlich empfohlene Variante 3 geprüft wurde. Die erhobenen Werte der Verschattung von Grundstücken durch die Lärmschutzwand lassen keine Probleme erwarten. Der baulichen Umsetzung der Variante 3 spricht nichts entgegen.

Nach Gesprächen mit Anwohnern zur Lärmbelastung und störenden Geräuschkulisse hat sich für Herrn Papke herausgestellt, dass diese gar nicht als so störend empfunden wird.
Es sei nun zu hinterfragen, ob die kostenintensive Lärmschutzwand einschließlich möglicher Probleme durch geänderte Verkehrsführung zwingend gebaut werden muss.

Herr Bischoff entgegnet, dass von den Anwohnern vehement seit mehreren Jahren Lärmschutzmaßnahmen gefordert werden. Diverse Einwendungen und Petitionen hinsichtlich des Immissionsschutzes der Anwohner fanden auch durch Aktionsbündnisse (u.a. BfW, BfG) und dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND e.V.) statt.

Entsprechend der Anzeigen und Forderungen zur Durchsetzungen des verpflichtenden Lärmschutzes hat die Stadt die möglichen Varianten gemäß Sitzungsvorlage erarbeitet und die vom Ausschuss zusätzlich gewünschte Variante 3 in die Prüfung einbezogen.

Herr Heber informiert darüber, dass nach Errichten der Lärmschutzwand eine von den Anwohnern des Robert-Koch-Weges befürchtete zusätzliche Verkehrsmehrbelastung erneut mittels Verkehrszählung geprüft und mit den aktuellen Daten verglichen wird.

Frau Schlegel gibt zu bedenken, dass sich durch die in Rede stehenden verkehrstechnischen Veränderungen Auswirkungen für ein großes Wohngebiet und die Erreichbarkeit der Kita „Anne Frank“ und für die Kraftfahrer aus nördlicher Richtung ergeben werden.

Herr Risch weist darauf hin, dass im Ergebnis von schalltechnischen Gutachten einzig die Errichtung einer Lärmschutzwand den angestrebten Schutzzweck erfüllen würde.

Von Herrn Schmoranzer wird kritisiert, dass den Ausschussmitgliedern lediglich 2 Varianten vorgestellt wurden. In der letzten Sitzung hat man sich für eine 3. Variante entschieden. Aus dem Ergänzungsschreiben von Herrn Wanzke sind weitere Möglichkeiten ersichtlich. Es sollten dem Ausschuss doch tatsächlich alle Fälle aufgezeigt werden, bevor eine weitreichende Entscheidung getroffen wird. Nach seiner Ansicht sollte das Abhängen des Röntgenweges verhindert werden.

Herr Günther führt aus, dass durch die mehrheitliche Zustimmung zur Niederschrift bekräftigt wurde, die Entscheidungen aus der letzten Sitzung anzunehmen. Die Ausschussmitglieder haben eine 3. Variante vorgeschlagen und diese Empfehlung an die Verwaltung zur Prüfung gegeben. Die Prüfung der möglichen baulichen Umsetzung ist erfolgt. Um die Forderungen aus dem Lärmschutzgutachten zu erfüllen, sollte die Lärmschutzwand gebaut werden. Wenn sich möglicherweise nachteilige Situationen für die Anwohner umliegender Straßenzüge ergeben, dann muss das geprüft und abgeändert werden.

Die Stadträte Patzschke und Klitzschmüller vertreten die Ansicht, dass der Änderungsvorschlag von Herrn Wanzke seitens der Verwaltung und des Planungsbüros auch geprüft werden sollte.

Herr Bischoff weist darauf hin, dass der sachkundige Einwohner Clemens Wanzke befangen ist. Ungeachtet dessen wurde seine Einwendung zur Niederschrift von der Verwaltung termingemäß vor der Stadtentwicklungsausschusssitzung bearbeitet.

Der Ausschussvorsitzende Herr Rauner weist den Stadtrat Gunter Walther darauf hin, dass er nach § 43 Abs. 4 KVG als Zuhörer an der Sitzung teilnehmen darf. Über das Rederecht entscheidet der Ausschussvorsitzende. Dem Stadtrat Gunter Walther wird das Rederecht nicht erteilt.
Durch Zwischenrufe von Herrn Gunter Walther wird die Sitzung wiederholend gestört.

Herr Rauner fasst die Diskussion zusammen und stellt fest, die Lärmschutzwand sollte im Ergebnis des Lärmschutzgutachtens gebaut werden. Aber vorher sind die Auswirkungen auf die umliegenden Straßenzüge zu bewerten. Er schlägt als Beschlussempfehlung an den Stadtrat vor, dass eine Lärmschutzwand erst gebaut wird, wenn alle baulichen Möglichkeiten und

verkehrsrechtlichen Auswirkungen geprüft und abgewogen sind, so dass keine Beeinträchtigungen für Anwohner des Wohngebietes entstehen. Wenn sich keine andere Möglichkeit der Streckenführung ergibt, dann soll die bereits empfohlene Variante 3 bestehen bleiben.

Beschlussempfehlung:
Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, zu beschließen, dass vor Errichtung der Lärmschutzwand ein Verkehrskonzept im betreffenden Wohngebiet erstellt wird. Grundlage dessen sind verkehrsrechtliche Prüfungen im Hinblick auf die veränderte Verkehrsführung durch die Errichtung der Lärmschutzwand nach Variante 3.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür:	6	dagegen:	0	Enthaltung:	7
Sachkundige Einwohner:	dafür:	0	dagegen:	2	Enthaltung:	1

7. Antrag Fraktion DIE LINKE - Nutzungsszenarien einer sanierten Bergschule Haus II

Herr Klitzschmüller begründet nochmals den Antrag zur Reaktivierung und damit dem Erhalt des Gebäudes. Die im Antrag benannte Frist von 18 Monaten ist als Richtwert zu verstehen, um in dieser Zeit nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Es ist nicht realistisch, dass in 18 Monaten bereits ein mögliches Szenario umgesetzt sein wird.

Herr Rauner schließt sich dem an und schlägt vor, auch nach Ablauf der im Antrag benannten Frist weiterhin halbjährlich über den aktuellen Stand möglicher Planungen informiert zu werden.

Herr Klitzschmüller stimmt zu, den Antrag dementsprechend zu erweitern und zur Abstimmung zu geben.

Beschlussempfehlung:
Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels zu beschließen, dass die Stadtverwaltung innerhalb von 18 Monaten verschiedene Szenarien für eine Wiederbelebung der Bergschule Haus II vorlegt und diese den Stadträtinnen und -räten vorstellt. Die Szenarien sollen eine grobe Einschätzung eines finanziellen Rahmens und Finanzierungsmöglichkeiten, sowie den Zeitraum einer potentiellen Umsetzung beinhalten. Überprüft werden soll dabei auch eine Doppelnutzungslösung aus einem kleinen Teil Grundschule, zur Ergänzung der bestehenden Bergschule und einer zweiten anderen Nutzung.

Wenn nach Ablauf der 18 Monate keine Lösung gefunden wurde, ist der Stadtentwicklungsausschuss aller 6 Monate über den Sachstand und weitere Bemühungen zu informieren.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür:	9	dagegen:	0	Enthaltung:	4
Sachkundige Einwohner:	dafür:	2	dagegen:	1	Enthaltung:	0

8. Antrag Fraktion DIE LINKE - Standortsuche Stadtarchiv

Herr Klitzschmüller bekräftigt die im Antrag formulierte Notwendigkeit zur Standortsuche für das Stadtarchiv. Ein modernes Stadtarchiv ist zwingend notwendig.

Herr Risch weist auf die langfristigen Zeiträume für die Umsetzung so umfangreicher Projekte hin. Der vom Stadtrat im Jahr 2020 abgelehnten Variante Neubau Novalis-Hinterhaus ist eine vierjährige Planungsphase vorangegangen. Die Planungskosten sind auch trotz Nichtumsetzung des Projektes zu tragen.
Die momentan favorisierte Anmietung von Archivkapazitäten in Nachbarstädten für die nächsten 5 bis 8 Jahre ist eine finanziell überschaubare Alternative gegenüber hohen Investitionen für

einen neuen Archivstandort. Es bestehen keine personellen Kapazitäten, die im Antrag gestellten Aufgaben zu erarbeiten. Die Beauftragung eines Planungsbüros scheitert an finanziellen Hürden.

Herr Patzschke spricht sich für die Anmietung von Archivkapazitäten in Nachbarstädten aus. Der Neubau eines Stadtarchivs wurde vom Stadtrat abgelehnt.

Von Herrn Papke wird der Vorschlag unterbreitet, den vom Büro für urbane Projekte angekündigten Workshop zu nutzen, um nach Möglichkeiten für die Schaffung eines Stadtarchivs zu suchen. Nach seinem Dafürhalten ist eine Monolösung für das Archiv nicht ausreichend, sondern sollte ausgeweitet werden auf die Prüfung weiterer Möglichkeiten wie zum Beispiel ein Stadtarchiv mit musealer Verknüpfung und somit öffentlichen Zugangsbereichen.

Nach Aussage von Frau Zorn bestehen für den Workshop bereits Planungen zur Durchführung.

Herr Klitzschmüller erklärt sich damit einverstanden, ergänzend zu den im Antrag an die Verwaltung gestellten Aufgaben auch im Rahmen des Workshops nach Möglichkeiten für ein Stadtarchiv zu suchen und lässt dies von Herrn Rauner in die Abstimmung formulieren.

Beschlussempfehlung:
Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels zu beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt innerhalb eines Jahres eine Auswahl von mindestens drei Standorten für ein neues Stadtarchiv vorzulegen und diese zur Beratung den Stadträtinnen und -räten vorzulegen.
Dabei sollen in der Auswahl folgende Punkte bei jedem Standortvorschlag berücksichtigt werden:
- Kosten-Nutzen-Analyse
- Finanzierungsmöglichkeiten
Auswirkungen auf das Umfeld (Verkehrsveränderung, Veränderung der Parkplatzsituation, …)
- Dauer der Umsetzung
- Ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit des Projekts

Das bereits im Stadtrat abgelehnte Areal rund um das Novalis(hinter)haus soll dabei nicht mit in die Auswahl einfließen.

Der im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung mit dem Büro für urbane Projekte geplante Workshop nimmt die Standortsuche für ein Stadtarchiv in die Diskussion auf.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür:	13	dagegen:	0	Enthaltung:	0
Sachkundige Einwohner:	dafür:	1	dagegen:	0	Enthaltung:	2

9. Antrag Fraktion DIE LINKE - Umsetzung des Konzepts "Pop-Up-Stores" in Weißenfels
(Herr Hofmeister abwesend – ab jetzt 2 sachkundige Einwohner)

Herr Klitzschmüller begrüßt die positive Stellungnahme der Verwaltung.

Beschlussempfehlung:
Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt mit den dafür zuständigen Stellen das Konzept von Pop-Up-Stores für die Stadt Weißenfels zu prüfen und bei möglicher Umsetzbarkeit für derartige Geschäftsgründungen in Kooperation mit Vermieter:innen zu werben und die Selbstständigen dabei zu unterstützen.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird angenommen und die bisherigen Bemühungen werden weiter verfolgt.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür:	11	dagegen:	0	Enthaltung:	2
Sachkundige Einwohner:	dafür:	1	dagegen:	0	Enthaltung:	1

10. Antrag Fraktion DIE LINKE - Wiedereinrichtung des 3. Friedhofseingangs im Bereich des ungenutzten Parkplatzes der Fanny-Tarnow-Siedlung

Herr Klitzschmüller zieht den Antrag vorerst zurück und behält sich in dieser Angelegenheit weitere Sachverhaltsprüfungen vor.

Er schlägt dazu eine Zusammenkunft von betroffenen Anwohnern, Vertretern der Beiräte und Vertretern des Stadtentwicklungsausschusses vor.

11. Antrag Fraktion AfD - Prüfung zur Errichtung eines Shuttle-Verkehrs Kugelberg-Kaufland

Herr Spiegelberg begrüßt die in der Stellungnahme der Verwaltung benannten Maßnahmen zur Versorgung der Anwohner, hält diese aber nicht für ausreichend, um die Nachteile für die Bürger durch den Wegfall des Einkaufsmarktes zu kompensieren.

In der Diskussion zeigen sich die Stadträte enttäuscht über die leider nicht beinflussbare Konzernentscheidung, diesen Einkaufsmarkt in einem großen Wohngebiet zu schließen.

Nach Ansicht von Frau Schlegel wäre es ungerecht gegenüber den Bewohnern von Ortschaften, in denen sich gar keine Einkaufsmöglichkeiten befinden, wenn im Stadtgebiet für kürzere Entfernungen zusätzlich Shuttle neben dem öffentlichen Nahverkehr eingesetzt werden würden.

Herr Risch gibt zu bedenken, dass für die Prüfung zum Einsatz von Shuttleverkehr weitere Parameter nötig sind wie zum Beispiel die geplanten Wochentage und Uhrzeiten sowie die Sitzkapazitäten des Fahrzeugs.

Herr Spiegelberg führt aus, dass die bestehenden Versorgungsangebote vor Ort wichtig sind und der Shuttle-Verkehr dazu dienen soll, den Nutzern Einkaufsmöglichkeiten über Waren des täglichen Bedarfs hinaus zu bieten.

Beschlussempfehlung:
Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels zu beschließen, dass die Stadtverwaltung beauftragt wird, in Zusammenarbeit mit dem ÖPNV die Machbarkeit und mögliche Auslastung eines Shuttle-Verkehrs für Anwohner des Kugelbergs (inkl. umliegender Straßen) zum nahegelegenen Kaufland zu prüfen.
Insbesondere ältere Menschen und Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen soll perspektivisch geholfen werden, ihre grundlegende Versorgung auch künftig zu gewährleisten.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür:	2	dagegen:	1	Enthaltung:	10
Sachkundige Einwohner:	dafür:	2	dagegen:	0	Enthaltung:	0

12. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Beantwortungen von Anfragen vor.

13. Mitteilungen und Anfragen

Auf Nachfrage von Herrn Deibicht zum Umfang des Hausabbruchs in der Naumburger Straße erfolgt durch Herrn Risch die Information, dass hier der Abbruch und die gesamte Beräumung geplant sind.

Herr Klitzschmüller möchte wissen, wann und an welchem Standort im Stadtgebiet die zugesagte Fahrradladesäule installiert wird.

Herr Klitzschmüller möchte Informationen zum Stand der Installation von Fahrradbügeln im Innenstadtbereich. Ganz wichtig wäre hier der Ersatz des veralteten zu kleinen Fahrradständers an der Stadtbibliothek.

Herr Papke möchte wissen, wie die Informationskette für Anwohner funktioniert, die von Straßenbaumaßnahmen jeglicher Art betroffen sein werden.

Herr Papke teilt mit, dass Bewohner eines Wohnblocks am Kugelbergring von der WVW Kündigungsschreiben mit der Begründung des Rückbaus erhalten haben und nun verunsichert sind.
Herr Risch versichert, dass den fristwahrend versandten Kündigungsschreiben seitens der WVW Gesprächsangebote mit Lösungsvorschlägen folgen werden.

3. Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Manfred Rauner
Vorsitzender

Heike Bechmann
Protokollführerin